

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Westafrika - 1998

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1999) : Westafrika - 1998, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1998: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 72-78

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301831>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Westafrika - 1998

Politische Entwicklung

Der **Demokratisierungsprozeß** in Westafrika wurde dominiert durch die innenpolitische Entwicklung **Nigerias**, wo mit dem plötzlichen Tod des Militärdiktators General Sani Abacha am 8.6. eines der dunkelsten Kapitel der nigerianischen Geschichte seit dem „Biafra-Krieg“ (1967-70) zu Ende ging. Die Übergangsregierung unter Generalmajor Abdulsalami Abubakar setzte gleich nach Amtsantritt unübersehbare Zeichen dafür, daß sie ernsthaft eine zügige Übergabe der Staatsmacht an eine demokratisch gewählte Zivilregierung anstrebte. So wurden ab dem 15.6. prominente politische Häftlinge, wie der ehemaligen Staatschef General Olusegun Obasanjo, der von Abacha abgesetzte ehemaligen Sultan von Sokoto, Ibrahim Dasuki, Bürgerrechtler und bekannte Gewerkschaftsführer freigelassen. Im Dialog mit allen gesellschaftspolitisch relevanten Kräften, einschließlich der außerparlamentarischen Opposition, entwickelte Abubakar sein Übergangsprogramm, das eine schrittweise Übergabe der Macht an demokratisch gewählte Organe auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene bis zum 29.5.99 vorsah. Dabei bewies Abubakar ein kluges Gespür für das innenpolitisch Machbare. Unter dem Damoklesschwert eines drohenden Putsches unzufriedener Militärs und gewalttätiger Ausschreitungen nach dem Ableben des prominentesten politischen Gefangenen, Moshood Abiola im Gefängnis am 7.7., gelang dem Staatschef in einer politischen Gratwanderung zwei wesentliche politische Erfolge: Erstens, die schrittweise Entmachtung einflußreicher durch Menschenrechtsverletzungen und Korruption kompromittierter Militärs durch Inhaftierung und Umbesetzung der militärischen Führungsspitze, und zweitens, die Einbindung der für die Geschehnisse des Landes entscheidenden politischen Klasse des Nordens, des Ostens als auch des Süd-Westens in den Transitionsprozeß. Zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Nigeria blockierte die Hausa-Fulani Aristokratie der nördlichen Emirate und die „Kaduna-Mafia“ nicht mehr die Möglichkeit einer politischen Machtübergabe durch demokratische Wahlen an den Süden.

Der Machtwechsel in Nigeria, der bevölkerungsreichsten Nation des Kontinents, setzte nicht nur für die Subregion sondern für ganz Afrika ein Hoffnungszeichen. Unmittelbare außenpolitische Auswirkungen hatte der Regimewechsel auf die Politik Nigerias innerhalb der ECOWAS und deren Friedenssicherungs-Streitmacht ECOMOG

(s. u.), indem die Regierung ihr Engagement, aber auch ihr Vormachtstreben zugunsten innenpolitischer Prioritäten deutlich zurückschraubte.

Der formale Demokratisierungsprozeß in anderen westafrikanischen Staaten stagnierte dagegen. **Präsidentswahlen** in **Burkina Faso** (15.11.) und **Togo** (21.6.) bestätigten die etablierten Autokraten in Wahlen, die entweder von wesentlichen Teilen der Opposition wegen unfairer Rahmenbedingungen von vornherein boykottiert (wie in Burkina) oder durch massive parteiische Eingriffe von Exekutive und Judikative im Ergebnis gefälscht wurden (wie in Togo). Auch die Parlamentswahlen im Senegal (am) und Kommunalwahlen in Ghana (23.6.), Mali () und Niger () ließen ebensowenig echte Fortschritte in Bezug auf eine größere Teilhabe der Bevölkerung an der politischen Macht erkennen wie die Verwaltungsreformen und Dezentralisierungspolitik in Kap Verde oder Benin; offensichtlich waren letztere eher außen-induziert, durch politische Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit mit den wesentlichen Gebern, als innenpolitisch von der machthabenden Klasse gewollt.

Wie fragil der Demokratisierungsprozeß in den meisten westafrikanischen Staaten immer noch war, zeigten der schon seit einem Jahrzehnt schwelende Bürgerkrieg in Sierra Leone, mehrere vergebliche Putschversuche im Niger und der unerwartete Ausbruch einer erfolgreichen Armeerevolte in Guinea-Bissau. Immerhin konnte die **Befriedung der aufständischen Tuareg** in Niger und Mali, nach jahrelangen Kämpfen und dem Friedensschluß im vergangenen Jahr, mit einem Gefangenenaustausch im Niger am 11.1., einer vom Parlament in Niamey am 23.3. beschlossenen generellen Amnestie und der freiwilligen Entwaffnung der Rebellen, die mit einer Zeremonie in Agadez am 5.6. gefeiert wurde, erfolgreich abgeschlossen werden. Bis August kehrten über 10 000 nigrische Tuareg-Flüchtlinge in ihre Heimat zurück. Auch in Mali kehrten die letzten Flüchtlinge aus Algerien im Juni zurück. Die Lage blieb hier aber angespannt, wie Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Tuareg-Gruppen im Laufe des Jahres zeigten. Eine nachhaltige Befriedung war nur zu erwarten, wenn die Entwicklung der Tuareg-Regionen sowie die Eingliederung der ehemaligen Rebellen in die reguläre Armee verstärkt vorangetrieben würden.

Angesichts des Anfang Juni ausgebrochenen **Bürgerkrieges in Guinea-Bissau** unter Beteiligung senegalesischer und guineischer Interventionstruppen versuchte die *Comunidade dos Países de Língua Portuguesa* (CPLP) - in Konkurrenz zur frankophonen Gruppe innerhalb der ECOWAS -, verlorenes Terrain (z. B. Annäherung Bissaus an Frankreich, Aufnahme Bissaus in die CFA-Zone) wettzumachen (s. Guinea-Bissau Länderartikel). Zuvor hatte Staatspräsident Vieira am 26.6. die ECOWAS vergeblich um schnelle militärische Unterstützung gegen die Rebellen gebeten. Auf dem CPLP-Gipfel in Kap Verde (Sal, 26.7.) vermittelte die CPLP-Kontaktgruppe ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Konfliktparteien in Guinea-Bissau (am 26.8. unter Anwesenheit von CPPL und ECOWAS Kontaktgruppe in Praia formell unterzeichnet).

Diese rivalisierende **lusophone-Konfliktschlichtungs-Initiative** stieß insbesondere bei den frankophonen westafrikanischen Staaten auf Ablehnung. Der ECOWAS-Generalsekretär warf Portugal neo-koloniales Verhalten vor. Das Waffenstillstandsabkommen hielt auch nicht lange vor. Zwar erreichten CPLP und ECOWAS bei bilateralen Gesprächen in Abidjan am 14.09. einen Kompromiß über den senegalesischen Truppenrückzug, am 14.10. brachen aber erneut schwere Kämpfe zwischen Rebellen und senegalesischen Besatzungssoldaten aus, die erst durch das auf dem ECOWAS-Gipfeltreffen in Abuja am 1.11. unterzeichnete Friedensabkommen beigelegt wurden. Eine Friedensstreitmacht der ECOMOG mit Einheiten aus Benin, Gambia, Niger und Togo sollte die Einhaltung des Abkommens sowie den Abzug der senegalesischen und guineesischen Truppen überwachen.

Allerdings bewirkten gleichgerichtete **Konfliktschlichtungsinitiativen der Großmächte**, insbesondere Frankreichs, aber auch der USA, weniger eine Stärkung als vielmehr eine Schwächung eigenständiger westafrikanischer Konfliktschlichtungsinitiativen (wie der ECOMOG) durch konkurrierende französisch dominierte Initiativen und Verzettlung der Ressourcen. Die **ANAD** (*Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense*; gegr. 1979 von sieben frankophonen westafrikanischen Mitgliedstaaten; die am 26.4.97 beschlossen, zusammen mit Frankreich schnellstmöglich eine Friedensstreitmacht, *Force de paix de l'ANAD* (FAP), aufzubauen) führten erste gemeinsame Manöver „*Kompienga 98*“ in der Region Kompienga (Burkina, 17.4.-20.4.) durch. Eine weitere im Aufbau befindliche frankophone Friedensstreitmacht, die **RECAMP** (*Renforcement des capacités africaines de maintien de la paix*; gegründet im Okt. 1997) hielt im Februar unter formaler Leitung der OAU und UNO erste gemeinsame Manöver unter dem Namen „*Guidimakha 98*“ im Dreiländereck an der Grenze Senegals, Malis, Mauretaniens ab; beteiligt waren 500 französische und 3 000 Soldaten der acht westafrikanischen Teilnehmerländer (Mali, Mauretanien, Senegal, mit kleineren Kontingenten aus Kap Verde, Gambia, Guinea-Bissau, Guinea und Ghana). Angesichts der dominierenden Position französischer Militärs in der Kommandostruktur und Logistik bezeichneten eingeladene Militärbeobachter anderer afrikanischer Staaten diese Art von „Afrikanisierung“ der Friedensstreitmacht als Karrikatur der erklärten Ziele. Abgesehen von den multinationalen frankophonen Konfliktschlichtungs-Initiativen führt Frankreich - wie bereits in den Vorjahren - weiterhin bilaterale Manöver durch; davon im Jahresverlauf allein drei im Senegal, und zwar im Februar (600 + 2 500), Mai (400 + 1 000) und November (400 + 1 000). Im übrigen war Frankreich bestrebt, die Ausbildungsprogramme für afrikanische Offiziere von Frankreich (1 200 im Jahre 1998) auf die sieben regionalen und weitere nationale Ausbildungszentren im frankophonen Afrika zu verlagern. Diese franko-afrikanischen westafrikanischen regionalen Militärschulen lagen in Thiès (Senegal, Infanterie), Koulikoro (Mali, Militärverwaltung und -stab), Bouaké (Côte d'Ivoire, Fernmelder), Attécoubé (Côte d'Ivoire, Marine), Abidjan (Côte d'Ivoire, Gendarmerie), Lomé (Togo, Sanitätsdienst); weitere sechs

regionale Militärschulen wurden geplant in Porto Novo (Benin, Militärpolizei), Ouagadougou (Burkina Faso, Wartung), Zambakro (Côte d'Ivoire, Friedensstreitkräfte), Awae (Kamerun, Sicherheitskräfte), Garoua (Kamerun, Piloten), Thiès (Senegal, nationale Offiziersschule), Libreville (Gabun, Stabsoffizierschule). Neben Militärausbildern hatte Frankreich in Westafrika auch reguläre Militäreinheiten in Côte d'Ivoire (572) und Senegal (1 163) stationiert. Französische Truppen waren außerdem an Evakuierungsaktionen von Franzosen und anderen ausländischen Staatsbürgern aus Krisengebieten, wie Sierra Leone und Guinea-Bissau, sowie an humanitärer Hilfe beteiligt. Angesichts der Bedeutung französischer Militärinteressen in Afrika unternahm der im April neu ernannte französische Generalstabschef Jean-Pierre Kelche seinen Antrittsbesuch im Mai in Mali, Côte d'Ivoire und Gabun; der französische Verteidigungsminister besuchte Senegal im Februar zum Abschluß der Manöver *Guidimaka* 98.

Weitere mit der ECOMOG rivalisierende **intra-regionale Konflikt-schlichtungsinitiativen**: bestanden in der **Mano-River-Union** (Guinea, Liberia, Sierra Leone), die auf einem Gipfeltreffen am 12.11. in Conakry einen Beistands- und Nichtangriffspakt beschloß, um zu verhindern, daß ihr Territorium als Aufmarschplatz für Angriffe auf Nachbarstaaten genutzt wird sowie im **Conseil de l'Entente**.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Gemäß dem im Herbst veröffentlichten Jahresbericht der Franc-Zone verlief die wirtschaftliche Entwicklung in den sieben frankophonen westafrikanischen Ländern der **UEMOA** insgesamt positiver als in der ECOWAS oder im übrigen subsaharischen Afrika. Die **Wachstumsraten** des Bruttosozialprodukts waren beeindruckend; sie stiegen inflationsbereinigt in der UEMOA von 2,6% (1994), 6,2% (1996) auf 7% (1997). Das Wirtschaftswachstum lag somit trotz abnehmender Tendenz noch wesentlich über dem Bevölkerungswachstum (3,1%). Die positiven Wachstumszahlen waren zumindest in der UEMOA überwiegend auf eine zunehmende interne Nachfrage zurückzuführen und pendelten sich hier auf einem höheren Niveau ein als in der durch höhere Abhängigkeit vom schwachen internationalen Erdölmarkt und politischen Turbulenzen in einigen Mitgliedstaaten geprägten zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEMAC. Die Rate der durch interne Ressourcen finanzierten öffentlichen Investitionen stieg von 12,9% im Jahre 1996 auf 17,6% (1997) und näherte sich damit den angestrebten 20%. Durch verstärkte Budgetdisziplin und außergewöhnlich hohe Transfers (Entwicklungs-, Strukturanpassungs- und Budgethilfe seitens Frankreich, IWF, etc.) gelang es, das Haushaltsdefizit in der UEMOA auf 1,9% (1997) zurückzuschrauben. Die seit der Abwertung kumulierte **Inflationsrate** fiel in den westafrikanischen CFA-Ländern mit 56% (UEMOA, 1994-97) deutlich niedriger aus als in den zentralafrikanischen Ländern (CEMAC:66%). Durch die u. a. mittels staatlicher Preis- und Lohnkontrollen

abgeschwächte Inflation gelang es, den größten Teil der durch die Abwertung gewonnenen Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Rohstoffmärkten zu halten. Die Abwertung des effektiven realen Wechselkurses des F CFA (d. h. der mit der Außenhandelsentwicklung gewichteten und um die Inflationsrate bereinigten Kurses seit Dez. 1993) betrug z. B. 30% für die Côte d'Ivoire und 25% für Kamerun. Die Außenhandelsbilanz ergab sogar einen Überschuß. Die Exporte nahmen wieder zu (um 19,4% 1995 und um 13,4% 1997), ebenso wie die Importe, die im Jahr der Abwertung um 13% zurückgegangen waren und nun wieder als Folge wiedergewonnenen Vertrauens in die wirtschaftliche Stabilität um 21% (1995), 7,9% (1996) und 10% (1997) anstiegen. Die Devisenreserven der Zentralbank der westafrikanischen CFA-Zone, BCEAO, stiegen 1997 um 20% auf \$ 3,3 Mrd. und entsprachen damit 105% der in dieser Region zirkulierenden Geldmenge, im Gegensatz zu nur 17% vor der Abwertung; sie deckten 1997 die Importe für etwa sechs Monate.

Die Aufrechterhaltung der Budgetdisziplin und die Eindämmung der Teuerungsraten war nur mit massiver externer Unterstützung der Gebergemeinschaft, großzügiger Kreditvergabe und Schuldenerlaß ermöglicht worden. Keineswegs alle Gesellschaftsschichten profitierten gleichmäßig von der Abwertung. Besonders benachteiligt waren die auf subventionierte Nahrungsmittel- und Arzneiimporte angewiesenen städtischen Armen, sowie Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, die nun Stellenabbau und Reallohnminderung (letztere bezifferten die Staatsbediensteten z. B. in Yaounde mit 27% und in Abidjan mit 15%) in Kauf nehmen mußten. Während 1993 gut 60% der Staatseinnahmen (ohne Entwicklungshilfe) der CFA-Zone zur Begleichung der Löhne und Gehälter des Öffentlichen Dienstes aufgewandt wurden, sank dieser Anteil zwischen 1994 und 1997 in der UEMOA von 44,4% auf 34,4%. Frankreich, IWF und Weltbank bemühten sich, durch Sonderprogramme zur sozialen Absicherung die negativen Effekte auf die Armen zu mildern.

Auf Grund der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen gab es außerdem erhebliche intra-regionale Wachstumsunterschiede hinsichtlich der abwertungsbedingten wirtschaftlichen Wiederbelebung: während die Regierung der Côte d'Ivoire schon euphorisch von Wachstumsraten ähnlich der der „asiatischen Tiger“ träumte, mußte der Ministerpräsident Nigers, A. Babakar Cissé, Anfang 1996 offen zugeben, daß sein Land als einziges in der UEMOA bis dahin nicht von der Abwertung profitiert hatte.

Kurzfristig wird der F CFA ab 1.1.1999 über die bestehenden Kredit- und Budgetabkommen mit Frankreich direkt an den FF und indirekt an den Euro mit fester Parität gebunden, wie am 06.07. vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (Ecofin) in Brüssel beschlossen wurde. Für die Bevölkerung der CFA-Länder änderte sich zunächst einmal nichts. Mittelfristig war aber eine abermalige Abwertung aus den o.

g. Gründen wahrscheinlich unausweichlich. Der dadurch ausgelöste zusätzliche Vertrauensverlust in den F CFA seitens der afrikanischen Bevölkerung kann zum Zusammenbruch der einheitlichen CFA-Zone mit fester Parität führen.

Es überraschte daher nicht, daß kurz vor dem Termin der geplanten Umstellung der Anbindung des F CFA (1.1.1999) die Gerüchte über eine erneute Abwertung besonders in Kreisen der senegalesischen und ivoirischen Wirtschaftselite nicht verstummen wollten. Der französische Finanzminister tat diese Befürchtungen als „Psychose“ ab und versuchte - ebenso wie der Repräsentant des IWF - zu beruhigen; beide hielten dagegen, daß alle Wirtschaftsdaten für eine Beibehaltung der Parität sprächen. Angesichts der Asiatischen Krise und der vom schwachen Yen möglicherweise ausgelösten Abwertungsspirale asiatischer Währungen waren die Befürchtungen um eine abermalige baldige Abwertung des F CFA allerdings kaum als „Psychose“ abzuqualifizieren. Die neuesten Prognosen über die Entwicklung der *terms of trade* für afrikanische Rohstoffexporte sprachen von nachgebenden Trends zwischen 1997 und 2006; seitdem fielen die Rohstoffpreise stärker als erwartet, was den Druck auf die CFA-Rohstoffexporte erhöhte. Möglicherweise haben besonders die von Agrarexporten abhängigen westafrikanischen Staaten zukünftig entscheidende Wettbewerbsnachteile, wenn sie auf diese Situation nicht mit einer flexiblen Währungspolitik reagieren können, wie die Konkurrenz in Südost-Asien, Lateinamerika, Osteuropa oder selbst in benachbarten afrikanischen Ländern.

Das Wirtschaftswachstum in den kleineren westafrikanischen Küstenstaaten am Golf von Benin litt in der ersten Jahreshälfte unter einer schwerwiegenden **Energiekrise**, hervorgerufen durch eine lang anhaltende Trockenheit und den teilweisen Ausfall der Stromerzeugung des Akosombo-Damms in Ghana, dem wesentlichen Stromversorger auch für die benachbarten Staaten Côte d'Ivoire, Togo und Benin, der im Februar angesichts des niedrigen Wasserstandes des Volta-Sees, nur noch die Hälfte seiner Kapazität nutzen konnte. Die Realisierung der zweiten Ausbauphase des großen Manantali-Staudamms am Bafing-Fluß zu einer Gesamtkapazität von 800 GWh, die der Wirtschaftsentwicklung der Anrainerstaaten Senegal, Mauretanien und besonders Malis Goldfördergebieten entscheidende Anstöße liefern sollte, scheiterte an Streitigkeiten zwischen den Staaten und mit den Gebern; allerdings deutete die Weltbank nach langem Zögern im Frühjahr an, daß sie ihre zugesagte Finanzierung auch umsetzen wollte. Die Durchführungsplanungen für die 1995 beschlossene regionale 600 km lange Gas-Pipeline von den reichen, weitgehend ungenutzten Erdgasfeldern im Niger Delta bis nach Ghana, die die Abhängigkeit der Küsten-Staaten von der Wasserkraft mittelfristig entscheidend verringern könnte, kamen nur schleppend voran. Nachdem die Vermarktungs- und Profitabilitätsstudien ein positives Ergebnis signalisierten, wurde im Herbst eine deutsche Firma mit einem \$ 2,5 Mio. Kontrakt für eine technische Durchführbarkeitsstudie betraut, mit dem Baubeginn ist nicht vor 1999 zu rechnen.

In einem Mitte des Jahres veröffentlichten Bericht, den die UNESCO auf der ersten panafrikanischen Ministerkonferenz zum integrierten Küstenschutzmanagement vorstellte, warnte die UNESCO insbesondere die westafrikanischen Küstenstaaten Côte d'Ivoire, Ghana, Togo, Benin, Nigeria und Kamerun vor den **besorgniserregenden Folgen der Küstenerosion**, die in diesen Staaten in den letzten Jahren wegen fahrlässigem Umgang mit den natürlichen Ressourcen dieser Region besonders stark zugenommen hat. Als Ursache galten unzweckmäßige Landnutzungspraktiken, großflächige Ausbaggerung von Sand für die Bauindustrie, Vernichtung von Mangroven durch die Erdölförderung und Dammbauten ohne Beachtung der ökologischen Auswirkungen. Allein in Nigeria schreitet die Küstenerosion mit galoppierender Geschwindigkeit von 25 - 30 Metern im Jahr voran. Nach Schätzungen von UNESCO-Experten sind 64% der Mangrovensümpfe des Kontinents bereits durch an kurzfristigem Gewinn orientierte Nutzungspraktiken für zukünftige Generationen verloren.

Die schon seit Jahren andauernde Kontroverse um die **Überfischung westafrikanischer Küstengewässer durch EU-Fischfangflotte** wurde untermauert durch eine im Sommer veröffentlichte Studie der beiden deutschen NROs „Brot für die Welt“ und „Germanwatch“ über Fischfang und Ernährungssicherung in Westafrika. EU-Schiffe, insbesondere aus Spanien, aber auch aus Frankreich, Portugal und Deutschland, bilden die bei weitem größte ausländische Fischfangflotte in Westafrika. 80% der gesamten Fischimporte der EU kommen aus Senegal. 70 - 90% der Gewässer sind nach FAO-Angaben bereits völlig überfischt. Trotz des Wissens um diese Problematik wurden in allen neueren EU-AKP-Abkommen die Zahl der zugelassenen Schiffe und der daran gekoppelten Fangmengen drastisch erhöht (in Mauretanien z. B. von 165 auf 240; besonders betroffen waren außerdem Senegal, Guinea-Bissau und Gambia). Die tatsächlichen europäischen Fangmengen sind nicht transparent; sie liegen wahrscheinlich um das Drei- bis Vierfache (Côte d'Ivoire, Mauretanien) über den mit den Küstenstaaten ausgehandelten Mengen und beeinträchtigen nachhaltig den für die Ernährungssicherung der anwachsenden einheimischen Bevölkerung benötigten Fischbestand. Die EU konterkariert außerdem mit den Fischereiabkommen für die AKP-Staaten ihre eigenen Entwicklungsmaßnahmen zur Förderung der lokalen Fischerei der Partnerländer. Die Ausgleichszahlungen an die Partnerländer sowie Subventionen zur Modernisierung der spanischen und anderer europäischer Fischereifloten kommen den EU-Steuerzahler teuer zu stehen. Das skandalöse der EU-Fischereipolitik besteht gemäß Germanwatch aber nicht nur darin, daß die EU ihre Überkapazitäten angesichts bereits überfischter europäischer Gewässer auf Kosten der ärmsten Staaten der Dritten Welt exportiert, sondern vor allem darin, daß die Grundnahrungsmittelversorgung der heimischen westafrikanischen Bevölkerung nachhaltig gefährdet wird, um die luxuriöse Fischversorgung in Europa aufrecht zu erhalten. Bezüglich anstehender Neuverhandlungen der Fischereiabkommen mit der EU fordert Germanwatch die Vergabe von Fangrechten auf tatsächliche Überschüsse zu beschränken, und vorrangig die lokale afrikanische Fischerei zu fördern, angesichts dessen, daß zum Beispiel 50% -

80% drei Viertel der Küstenbevölkerung Westafrikas ihren Bedarf an tierischem Eiweiß bisher über Fischkonsum deckten.

Regionalorganisationen

Die ECOWAS verlieh der ECOMOG eine **neue dezentralisierte Kommandostruktur der Konfliktprävention** und -schlichtung. Gemäß den Beschlüssen des 21. ECOWAS-Gipfels vom 30./31.10. in Abuja kam es auf Druck der frankophonen Mitgliedstaaten zur Gründung eines permanenten **Sicherheitsrats** (in ihm sind sieben aus den insgesamt 16 Mitgliedern gewählte Staaten, sowie der alte und aktuelle amtierende Vorsitzende der ECOWAS vertreten), einer permanenten Eingreiftruppe und vier ständiger regionaler Konfliktbeobachtungs-Stationen in Benin, Burkina Faso, Gambia und Liberia. Die ECOWAS-Mitgliedstaaten wollten damit Alleingänge Nigerias bei der Krisenprävention wie während der letzten Jahre in Liberia und Sierra Leone zukünftig effektiv verhindern. Testfall dieser neuen Friedenssicherungsstruktur der ECOWAS war der ab Ende des Jahres geplante Einsatz von 1 450 Soldaten der ECOMOG aus Benin, Gambia, Niger und Togo in Guinea-Bissau, angesichts der diplomatischen und militärischen Niederlage Senegals bei seiner Intervention auf Seiten des Staatschefs Vieira. Hinsichtlich der Hauptziele der ECOWAS auf wirtschaftspolitischem Gebiet gab es während des 21. Gipfeltreffens der 16 Mitgliedsländer in Abuja (30.-31.10.98) trotz hochrangiger Präsenz aller Staatschefs sowie des südafrikanischen Staatspräsidenten Nelson Mandela, des Generalsekretär der OAU, Salim Ahmed Salim sowie des Vertreters des UN-Generalsekretärs, Ibrahima Fall nicht den erhofften Durchbruch zu größerer effektiver regionaler Wirtschaftszusammenarbeit. Statt dessen konzentrierten sich die Energien der anwesenden Staatschefs auf einen Streit hinter den Kulissen um die Wahl des neuen Vorsitzenden der ECOWAS. Eigentlich wäre der malische Staatspräsident Alpha Oumar Konaré an der Reihe gewesen, während des Gipfels gab aber auch der togoische Staatschef Gnassingbé Eyadéma überraschenderweise seine Gegenkandidatur bekannt; ihm war sehr daran gelegen, sein durch die gefälschten Präsidentschaftswahlen (s. Togo) angekratztes internationales Ansehen durch die Wahl an die Spitze der ECOWAS aufzuwerten. Nach einer kontroversen Debatte, bei der sich insbesondere Burkina Faso gegen eine Wahl Eyadémas aussprach, gelang es dem nigerianischen Staatschef Ababakar, dem amtierenden ECOWAS-Vorsitzenden, einen Kompromiß herbeizuführen. Das zweijährige Mandat wurde aufgeteilt; im ersten Jahr übernimmt Eyadéma den Vorsitz, und damit auch die Organisation des nächsten ECOWAS-Gipfeltreffens 1999 in Lomé, Konaré löst ihn im zweiten Jahr ab.

Ghana beklagt nach dem Gipfeltreffen zum wiederholten Male die **unnötige Rivalität** zwischen ECOWAS und UEMOA und fordert Frankreich auf, die Blockbildung nicht durch einseitige Hilfe für frankophone westafrikanische Staaten zu unterstützen (s. Rede des ghanaischen Außenministers am 7.11. in Accra; Rede Rawlings vor französischer

Delegation in Accra am 17.11.); andererseits galt Ghana angesichts des jahrzehntelangen Mißerfolgs der ECOWAS als ernsthafter potentieller Beitrittskandidat für die CFA-Zone.

Die acht frankophonen Mitgliedstaaten der **UEMOA** (*Union Economique et Monétaire Ouest-Africain*), ursprünglich als frankophones **Bollwerk** gegen Nigerias Vormachtstellung und anglophone Einflußzonen konzipiert, verzeichneten im Gegensatz zur ECOWAS Fortschritte auf dem Wege zur regionalen Integration und der positiven allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (s. o.). Die innenpolitischen Konsequenzen der Aufnahme neuer Mitglieder wirkten sich durchaus nicht notwendigerweise stabilisierend aus, wie das Beispiel des 1997 beigetretenen Guinea-Bissau zeigte. Destabilisierung der Inneren Sicherheit durch einschneidende Wirtschaftsauflagen auf Kosten der Armen und Machtverschiebung von lusophonen zu frankophonen Klientelnetzen waren hier einer der Gründe für den Putsch und Bürgerkrieg (s. o.). Aus Angst vor einer zweiten Abwertung des F CFA drohten afrikanische Führer in Côte d'Ivoire und Senegal sowie wie der Staatschef Gabuns, Bongo, Ende des Jahres mit einer **Abkoppelung** des F CFA vom Trésor Français; am Sitz der BCEAO in Abidjan richtete man im August sogar einen *brain trust* zur „Planung des Udenkbaren“ ein. Auf einer vom pan-afrikanischen Forschungsinstitut CODESRIA in Dakar organisiertem Symposium über die CFA-Zone im November wurde die bisher von Frankreich dominierte Debatte um spezifisch afrikanische Sichtweisen ergänzt und die Folgen einer eventuellen Abkoppelung diskutiert.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftskooperation gelangen der UEMOA auch innerhalb der CFA-Zone größere Fortschritte als der zentralafrikanischen CEMAC. Erstens, weil die Wirtschaftsstruktur der westafrikanischen Staaten relativ homogener war als die der zentralafrikanischen, und zweitens weil sich das frankophone Westafrika einem stärkeren Konkurrenzdruck benachbarter Staaten (Nigeria und Ghana) ausgesetzt sah.. Ende März wurde das *Comité interparlementaire* - ein Vorläufer des geplanten Parlaments der UEMOA - feierlich in Bamako eröffnet. Anfang April folgte die Gründung der *Chambre consulaire régionale* (als 2. Kammer und Beratungsorgan der UEMOA, mit 56 Mitgliedern - je 7 pro Land - mit Vertretern aus Berufs- und Unternehmerverbänden). Zur gleichen Zeit nahm der *Cour de justice* der UEMOA seine erste Sitzung auf; er hatte die Aufgabe, die Einhaltung der UEMOA-Verträge zu überwachen. Am 16. Sept. eröffnet die erste regionale westafrikanische Wertpapierbörse in Abidjan (Côte d'Ivoire) mit einem vielversprechenden Start ihren Handel; sie ist zunächst auf die Mitgliedsländer der UEMOA beschränkt und ging aus der 1976 gegründeten ivoirischen Börse hervor, die nun eingestellt wurde. Im April legten die CFA-Länder außerdem den Grundstein zur Harmonisierung des Handels- und Investitionsrechts im Rahmen der 1991 gegründeten *Organisation pour l'Harmonisation en Afrique du Droit d'Affaires* (OHADA). Die OHADA hat vier Hauptkomponenten: einen Gerichtshof in Abidjan, eine Ausbildungsstätte für OHADA-Juristen in Porto Novo (Benin), ein permanentes Sekretariat in Yaoundé (Kamerun) sowie einen Rat der Justiz- und Finanzminister. Auch

anglophone westafrikanische Staaten, wie Nigeria, Liberia und Sierra Leone, bekundeten bereits ihr Interesse, diesem Abkommen beizutreten. Skeptiker befürchteten allerdings, daß diese Regelungen ähnlich ineffektiv sein werden wie das Handelsprotokoll-System der ECOWAS. Schließlich konnte Mitte des Jahres die 1973 gegründete westafrikanische Entwicklungsbank (**BOAD**) der UEMOA unter der Präsidentschaft des Beniner Wirtschaftswissenschaftlers Boni Yayi, auf ihr erfolgreiches 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Seit ihrer Gründung finanzierte die Bank 260 Entwicklungsprogramme im Wert von insgesamt F CFA 376 Mrd.; deren Verteilung war allerdings recht ungleich: drei Länder, Côte d'Ivoire, Senegal und Benin, erhielten drei Viertel der bewilligten Mittel.

Die **Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS)** beschloß am 25.4. auf dem 12. Gipfeltreffen der drei Mitgliedstaaten in Bamako, die Transportmöglichkeiten auf dem Senegalfluß zwischen der nordsenegalesischen Hafenstadt Saint Louis und Kayes, 550 km landeinwärts in Mali zu verbessern. Außerdem wählten die anwesenden Staatspräsidenten aus ihrer Mitte ihren mauretanischen Kollegen Maaouiya Ould Sid Ahmed Taya für die kommende Präsidentschaftsperiode bis zum nächsten Gipfeltreffen in Nouakchott im Jahr 2000 zum Präsidenten der OMVS. Damit schien die Verärgerung Mauretaniens aus dem Wege geräumt, die über die Absetzung und Inhaftierung des mauretanischen Generalsekretärs der Organisation, Baba Ould Sidi Abdallah, am 29.1. in Dakar entstanden war; Baba wurde Korruption im Zusammenhang mit der Umstrukturierung und dem Personalabbau, bei dem überproportional viele Mauretanische Mitarbeiter ihren Posten verloren hatten, vorgeworfen. Die Ernennung des ehemaligen Energieministers Ould Sidi Abdallah zu seinem Nachfolger warf die Frage auf, ob letzterer die noch von seinem Vorgänger mit der französischen Firma ABB abgeschlossenen Großaufträge über FF 400 Mio. für die Ausrüstung des Manantali-Staudamms honorieren würde.

Die drei Mitgliedstaaten der **Mano River Union (MRU)**, die seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Liberia 1989 ihre Zusammenarbeit im Rahmen der MRU ausgesetzt hatten, beschlossen auf einem Gipfeltreffen in Conakry am 12.11. einen Nichtangriffspakt sowie die Wiederbelebung der MRU. Der Sonderbeauftragte des U.S. Präsidenten für Afrika, Reverend Jesse Jackson, der die Region in einer Konfliktschlichtungsmission bereiste, hatte wesentlich zu den Beschlüssen beigetragen.

Dirk Kohnert

Chronologie Westafrika 1998

- 28.2. Manöver „Guidimakha 98“ der frankophonen westafrikanischen Konfliktpräventionstruppe RECAMP im Senegal
- Ende März Gründung des *Comité interparlementaire*, als Vorläufer des geplanten Parlaments der UEMOA
- 25.4. 12. Gipfeltreffen der OMVS in Bamako beschließt Förderung des Schiffstransport auf dem Senegalfluß
- 13.08. Jahrestreffen des Conseil de l'Entente in Cotonou beschließt gemeinsames Touristenvisum für Mitgliedsländer
- 16.09. Eröffnung der ersten regionalen westafrikanischen Wertpapierbörse in Abidjan (Côte d'Ivoire)
- 30.10/01.11. ECOWAS-Gipfeltreffen in Abuja; Unterzeichnung eines Friedensabkommens für Guinea-Bissau unter Überwachung durch ECOMOG
- 12.11. Nichtangriffspakt der drei Mitgliedstaaten der Mano River Union in Conakry abgeschlossen

Verzeichnis regionaler westafrikanischer Organisationen 1998:

- (1) Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense (ANAD)**, gegründet Juni 1977 in Abidjan; 7 frankophone westafrikanische Mitgliedstaaten: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, (Benin, Beobachterstatus); Vorsitzender: Abdou Diouf (Staatspräsident, Senegal)
- (2) Autorité du Bassin du Niger (ABN)**; gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Othman Mustapha (Nigeria)
- (3) Autorité de Développement Intégré de la Région du Liptako-Gourma**; gegründet: 1972; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 3 Mitglieder: Burkina Faso, Mali, Niger - Generalsekretär: Isague Dembélé (Mali, ab 1996)
- (4) Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO)**; gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo; - Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; seit 1.1.94).
- (5) Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD)**; gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (seit 1984), Niger, Senegal, Togo - Präsident: Yayi Boni (Benin)
- (6) Commission du Bassin du Lac Tchad (CBLT)**; gegründet: 1964; Sitz: N'djamena (Tschad); 5 Mitglieder: Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad, ZAR (seit 24.3.94) - Exekutivsekretär: Abubakar B. Jauro
- (7) Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS)**; gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Gambia: Staatspräsident Yahya A.J.J. Jammeh (seit 12.09.97 für 3 Jahre)
- (8) Conseil de l'Entente**; gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Präsident: Staatschef M. Kérékou (seit August 1998)

(9) **Club du Sahel**, gegründet 1976 unter Schirmherrschaft der OECD, Sitz, Paris; Beratungsgremium der CILSS-Länder

(10) **Economic Community of West African States (ECOWAS) / Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO)**; gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 16 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo - Vorsitz: (Togo, Staatspräsident General Eyadéma am 31.11.98 auf ein Jahr gewählt); Exekutivsekretär: Lansana Kouyaté (Guinea, ab 1.9.97 für 4 Jahre)

(11) **Mano River Union (MRU)**; gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: Dr. Kabineh Koromah (Sierra Leone)

(12) **Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG)**; gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)

(13) **Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS)**; gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: mauretanischer Staatspräsident Maaouiya Ould Sid Ahmed Taya (ab April 98 - 2000); Hochkommissar: Ould Sidi Abdallah (ab Febr. 98)

(14) **Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU)**; gegründet: 30.01.94; Sitz: Ouagadougou; 8 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau (ab Mai 97), Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Moussa Touré (Senegal, ab 1996); Kommissariat mit 8 Kommissaren (je einer aus den Mitgliedsländern); Gerichtshof der UEMOA unter der Präsidentschaft von Donation Yves Yéhouessi (Bénin).

(15) **West African Clearing House (WACH)**; gegründet: 1975; im Febr. 1993 ausgeweitet zur autonomen Organisation "West African Monetary Agency", Sitz: Freetown (Sierra Leone); 16 Mitgliedsländer: (wie ECOWAS) - Exekutivsekretär: Cheik S.B. Diao (Mauritanien)

(16) **West African Examinations Council (WEAC)**; gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 5 Mitglieder: Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone - Vorsitz: John Aby Kamara

West African Monetary Agency (s. West African Clearing House)

(17) **West African Rice-growing Development Association (WARDA)**; gegründet: 1970; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 17 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Liberia, Mali, Mauritien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad. Generalsekretär: Eugene Terry (Sierra Leone)